



Der Käsberg in Mundelsheim mit seinen jahrhundertealten Natursteinmauern ist ein einzigartiges Kulturerbe.

Foto: Simon Granville

Ich kauf' mir einen Weinberg ...

Mit privaten Investoren möchte Herbert Müller, der Geschäftsführer des Consortiums Montis Casei, die Zukunft der terrassierten Weinberge sichern. 20 Geldgeber stehen parat – jetzt fehlt es nur noch an Wengertern, die die Arbeit machen. Gegen Geld, versteht sich.

Von Karin Götz

Die Rettung der Steillagen ist für Herbert Müller eine Herzensangelegenheit. Seit vielen Jahren. Gemeinsam mit Freunden und Bekannten – allesamt Weinliebhaber – hat er im Jahr 2014 das Consortium Montis Casei (Konsortium Käsberg) gegründet. Mehrere Weinberge am Käsberg und Wurmberg wurden gekauft und mit mediterranen Rebsorten bestockt. Die Weine werden in der exNicrum Weinmanufaktur in Hessigheim ausgebaut. Kellermeister Fabian Alber schenkt sie seit vergangenem Sommer auch in seinem kleinen Weinhotel in Hessigheim aus und verkauft sie dort in der Vinothek.

Der Frust unter den Wengertern, die Steillagen besitzen, ist groß, sagt Herbert Müller. Denn es gebe nur lausiges Traubengeld bei viel Arbeit und steigenden Kosten. „Der vergangene Herbst war miserabel. Vor allem der Trollinger hat sich mit der feuchten und kühlen Witterung im Sommer schwergetan. Die Lage ist dramatisch. Viele

spielen endgültig mit dem Gedanken aufzuhören.“

Zusammen mit Fabian Alber hat er ein Geschäftsmodell für einen Strukturwandel im Steillagenweinbau ausgearbeitet. Kapitalanleger kaufen Weinberge und engagieren professionelle Weinbaubetriebe, die die Weinberge neu bepflanzen und bewirtschaften.

50

Kilo Trauben pro Ar sollen in den Weinbergen geerntet werden. Eine Ertragsreduzierung, die wichtig ist, um Weine in Premiumqualität auf den Markt zu bringen.

Die Trauben aus den Steillagen werden dann an Weinerzeuger verkauft, die diese zu Premiumweinen verarbeiten und zu „auskömmlichen Preisen“, wie Müller es formuliert, vermarkten. „Wir können die Akteure zusammenbringen, allerdings begrenzt auf

die Lagen zwischen Besigheim und Mundelsheim, also den Käsberg und Wurmberg“, beschreibt Kompagnon Fabian Alber die eigene Rolle.

Die Lust, auf den Spuren des Consortiums zu wandeln, ist groß. 20 potenzielle Investoren haben bereits Interesse signalisiert. Aus der näheren und weiteren Umgebung. „Dass sich so viele Leute melden, ist eine Sensation. Das übersteigt meine Erwartungen und ist eine Riesenchance. Jetzt sind wir auf die Reaktion der Wengerter gespannt. Es wird gerade viel diskutiert, und einige haben sich auch schon gemeldet, es ist aber noch Luft nach oben“, wirbt Herbert Müller.

Das Rechenmodell ist in den Augen der beiden Initiatoren ausgewogen. „Jeder bekommt einen fairen Preis für seine Leistung“, ist Alber überzeugt. Der private Kapitalanleger kauft einen Weinberg für einen Quadratmeterpreis von drei Euro. Dann beauftragt er einen Weinbaubetrieb mit der Neubepflanzung und der Bewirtschaftung der Fläche und bezahlt dafür in den ersten beiden Jahre jeweils einen Euro pro Quadrat-

meter. In den Folgejahren 3,60 Euro pro Kilogramm Trauben bei einer Ertragsreduzierung auf 50 Kilo je Ar. Die Trauben wiederum verkauft der Investor für 4,60 Euro pro Kilo an einen Weinerzeuger. Müller: „Das kann eine Genossenschaft sein oder die exNicrum Weinmanufaktur.“ Der Bewirtschafter erhält auch die öffentlichen Fördermittel und finanziert daraus die Neubestockung und die Betriebsmittel.

„Wir hoffen, dass ein großer Sprung gelingt“, sagt Müller, der jetzt aber auch die Chefs der Genossenschaften in der Pflicht sieht. Sie sollten, so der Wunsch, aktiv auf Wengerter zugehen, für die das Geschäftsmodell in Betracht komme. „So wie die Industrie mit der Digitalisierung zur vierten Revolution ansetzt, braucht der Steillagenweinbau einen revolutionären Ansatz zu einem großen Strukturwandel“, ist Müller überzeugt. „Nur wenn wir neue, unternehmerische Geldquellen erschließen und konsequent auf ein neues Geschäftsmodell setzen, können wir den Steillagenweinbau erhalten.“

Hilferuf aus der Ludwigsburger Innenstadt

Händler, Dienstleister und Gastronomen fordern vom Land Baden-Württemberg Unterstützung.

Von Karin Götz

In einem Brandbrief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut und Gesundheitsminister Manfred Lucha hat der Innenstadtverein Luis Hilfsprogramm vom Land gefordert. Seit zwei Jahren kämpfe man um den Erhalt der City, die sich wie so viele andere in einem Dauerausnahmestand befinde.

Die Mitglieder seien frustriert, es fehlten Perspektiven, die finanziellen Rücklagen seien aufgebraucht und für die Corona-Verordnungen gebe es kein Verständnis mehr. Kommunikationsdesaster hätten langfristige, negative Wirkungen. „Wenn ein Besucher von Ludwigsburg folgende Akteure aufsucht: Friseur, Einzelhandel, Gastronom, ein Spiel der hiesigen Basketballprofis, dann bedeutet das: vier Türen, vier Regeln“, sagen die Erste Vorsitzende Edith Klünder und der Citymanager Markus Fischer.

99 Prozent der Kunden und Gäste brächten Verständnis für geltende Regelungen auf, es gebe aber auch Aggression bis hin zu Gewaltdrohungen gegenüber jenen, die die Corona-Verordnung durchsetzen.

Im ÖPNV werde für gewöhnlich nicht einmal die Fahrkarte kontrolliert, der Innenstadtkaufmann, der auf 100 Quadratmeter häufig gerade mal einen oder zwei Kunden in seinem Geschäft habe, werde zum Hilfspolizisten umfunktioniert. Das bedeute emotionalen Stress für die Akteure und Umsatzeinbußen.

Eine funktionierende Innenstadt trage zu einem sozialen Miteinander bei. Man brauche sie, um nach der Pandemie als Gesellschaft wieder zusammen zu finden. Es brauche einen Plan für das Überleben von Innenstädten sowie kurzfristig umsetzbare Konzepte und Hilfsangebote: Kampagnen, um Menschen wieder in die Städte einzuladen, das Finanzieren von Personal vor Ort, das die Akteure unterstützt, die Förderung von verkaufsoffenen Sonntagen, zielgerichtete und realistische Hilfe bei Digitalisierungsthemen. „Geben Sie den Akteuren Planungssicherheiten. Ein Winterlager wird nicht im Oktober gefüllt, sondern weit im Voraus.“

Entspannung im Rathauszwist

Die Fraktionen in Beilstein sprechen unisono von konstruktiver Zusammenarbeit mit der Bürgermeisterin.

Es war die erste Sitzung, seit die Gemeinderatsfraktion Initiative Beilstein im Amtsblatt die Bürgermeisterin Barbara Schoenfeld kritisiert hatte. Ihr wurde vorgeworfen, sie versetze Rathausmitarbeiter willkürlich, und in den Kindergärten herrsche wegen eigenmächtiger Entscheidungen und Kündigungen das Chaos. Dieselben Vorwürfe waren zuvor schon in einem anonymen Schreiben erhoben worden. Zuletzt hatte auch der Gesamtelternbeirat Sorge um die Qualität der Kinderbetreuung bekundet. Nun hat der Sozial- und Verwaltungsausschuss des Gemeinderats am Dienstag nichtöffentlich getagt. Details sind zwar keine bekannt geworden, doch stehen die Zeichen offenbar auf Entspannung.

Thomas Bausch von der Initiative Beilstein, dessen Name auch unter dem Beitrag im Amtsblatt gestanden hatte, sagte, dass doch „einige Punkte geklärt wurden, und die Infos kommen – so, wie wir es uns wünschen.“ Er baue nun darauf, meinte Bausch weiter, dass auch die anderen noch offenen Themen wie von Schoenfeld angekündigt in kommenden Klausurtagungen geklärt würden, für die schon bald Termine anberaumt werden sollen. Auch Silke Kiderlen-Polek, Fraktionssprecherin der SPD, sagte, sie sei zuversichtlich. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Behr von der FDP. Dietmar Rupp von den Freien Wählern sprach von einer konstruktiven Sitzung. Immerhin kam man in einem wichtigen Punkt voran, der für viel Unruhe gesorgt hatte: die Personalsituation im Kinderhaus Birkenweg. Dort soll „mit Struktur und Geld“ die Qualität verbessert werden, damit die Beschäftigten und die Eltern zufriedener seien. Beschlüsse dazu sollten in der nächsten Gemeinderatssitzung gefasst werden. Zufrieden zeigte sich auch Barbara Schoenfeld: „Die Sitzung fand in konstruktiver Atmosphäre mit zielgerichteter, sachlicher Diskussion statt.“

Endspurt in einem spannenden Wahlkampf

Der Fünfkampf um die Nachfolge des Markgröninger Rathauschefs Rudolf Kürner wird womöglich schon am 20. Februar entschieden.

Von Susanne Mathes

Den größten Lacher des Abends verbucht ein kleiner Hosenmatz. Seine Eltern haben ihn samt Geschwistern und Bilderbüchern auf einer Kuschelecke in der Markgröninger Stadthalle platziert, um die Bürgermeisterkandidaten anhören zu können. Gerade zählt Kandidat Matthias Röttgermann auf, was alles in die Stadtmitte gehört – „Bäume, Bänke, Wasserspiele...“, als der Knirps etwas aufschnappt. „Wasserspiele!“, kräht er lauthals – Gelächter im Saal. Die Zukunft der Stadt geht alle Generationen etwas an. Deshalb ist die Halle so voll, wie es unter Corona-Bedingungen nur geht.

Rudolf Kürner hört nach 32 Jahren auf

Eine gute Woche noch, dann ist Wahl in Markgröningen. Rudolf Kürner hört nach 32 Jahren auf. Jetzt sitzt er auf dem Podium, moderiert den Abend und hört sich an, was seine potenziellen Nachfolger – drei davon Ortsansässige – alles anders machen wollen als er. Rathaus modernisieren, Verwaltung serviceorientiert denken, die Stadtbahn schneller reaktivieren, mehr in kommunaler Verantwortung bauen statt mit Investoren, den Durchgangsverkehr aus dem Gewerbegebiet Eichwald aus der Stadt herauskriegen, den Schäferlauf bewahren und gleichzeitig in moderne Zeiten führen, grüner werden:

Vier von fünf Bewerbern propagieren, wenn auch mit nuancierender Vehemenz und Gewichtung, diese Themen. Der fünfte – Ulrich Raisch („Der war doch vor 32 Jahren auch schon da“, raunt eine Zuschauerin) – wartet statt mit tieferer Ortskenntnis lieber mit Kennedy- oder Gandhi-Zitaten auf. Und mit dem aktuellen Haushaltsplan, den er sich zwar erst am Morgen organisiert hat, zu dem er aber trotzdem die steile These wagt: „Ich reflektiere alles, was hier in dürren Worten drinsteht.“ Während alle Mitkandidaten und Zuschauer Masken tragen, hat Raisch (61) ein Attest und sagt: „Wenn es nach mir ginge, dürften Sie auch alle die Maske abziehen.“

Eines offenbart der Abend: Dass die Eröberung des Chefessels für Jens Hübner (36, SPD) ein Selbstläufer wird, ist nicht gesichert, auch wenn er qua Verwaltungslaufbahn und Position als Oberriexinger Kämmerer die meiste Expertise mitbringt und mit einem Mix aus der Finanzlage der Stadt geschuldetem Realismus, Förderbeschaffungsfindigkeit, Ideen wie eigenen Stadtwerken und Anpacker-Elan punktet. „Es klingt ein bisschen platt, aber ich könnte eine Ära prägen“, sagt er. Vor allem der grüne Boschler Matthias Röttgermann (53) könnte ihm aber gefährlich werden. Er ist nicht nur beim Wahlkampf in Präsenz und auf social media umtriebig, sondern auf dem Podium energisch und schlagfertig (Kürner: „Sie hät-



Am 20. Februar geht es darum, wer der Neue im Markgröninger Rathaus wird. Foto: Simon Granville

ten noch drei Minuten und 13 Sekunden Zeit gehabt für Ihre Vorstellung.“ – Röttgermann: „Ich weiß. Ich bin schnell.“). An ihn richtet das Publikum am Ende die meisten Fragen.

Interkommunales Hallenbad-Projekt

Aber auch Arndt Zwicker (52, für die Grünen im Gemeinderat, aber kein Mitglied) und Stephan Reh (52, parteilos) sind gut vernetzt und treffen manchen wunden Punkt. Zwicker, der seine Rede als Rückblick aus dem Jahr 2032 gestaltet und dann Projekte wie ein interkommunales Hallenbad mit Asperg oder ein Maßstäbe setzendes, unter Gemein-

wohlaspekten konzipiertes Wohnquartier realisiert haben will, möchte auch „auf das Engagement und Schwarmwissen der Markgröninger“ zurückgreifen. Reh rückt als Grundschul-Elternbeiratschef Verkehrssicherheits-, Kinderbetreuungs- und Bildungsthemen in den Fokus. Überhaupt sind alle ernsthaften Kandidaten Väter und wissen aus Erfahrung, was Familien umtreibt.

„Und die Alten? Wer hört ihnen zu? Sie haben jede Menge Probleme“, fragt ein 90-Jähriger. „Von welchem Kandidaten wollen Sie die Antwort?“, fragt Rudolf Kürner. Die Replik: „Suchen Sie sich einen aus!“

sar